

Niederschrift zur 48. öffentlichen Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 11. November 2010 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21.30 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 45. Sitzung vom 3. Oktober 2010 und der 46. Sitzung vom 7. Oktober 2010 (nichtöffentlich)
3. Umstrukturierung des Jugendeinsatzdienstes der Polizei
- Auswirkungen auf Vegesack
4. Umbau des Sozialzentrums Vegesack
5. Künftige Nutzung der Markthalle
- Sachstandsbericht
6. Vergabe von Beiratsmitteln
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Borchers, Torsten (ab 18.43 Uhr)
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Schmidt, Wolfgang
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Sulimma, Wilfried (ab 19.17 Uhr)
Wemken, Manfred

Es fehlten:

Tegeler, Henning

Sonstige Teilnehmer:

Frau Garbe (Sozialzentrum Nord)
Herr Klucken (Polizeirevier Vegesack)
Herr Lehmann (Polizei Bremen)
Herr Schröter (Polizei-Inspektion Nord)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 48. Sitzung des Beirates Vegesack. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor, sie wird wie vorliegend angenommen.

Der Vorsitzende unterbricht auf Grund des Todes von Günter Kuhnert die Sitzung zum Gedenken. Herr Kuhnert war vom 29. Juni 1995 bis zum 10. Mai 1999 Mitglied im Beirat Vegesack und im Ausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Arbeit und Ausländerfragen sowie im Bauausschuss. Vom 7. Juli 1999 bis zum Mai 2003 war er weiterhin Mitglied im Ausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Arbeit und Ausländerfragen und im Bauausschuss.

Der Vorsitzende führt aus, dass Frau Waldheim mit Schreiben vom 27. Oktober 2010 ihr Mandat als Beiratsmitglied mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat. Der Landeswahlleiter wurde entsprechend informiert und um Feststellung und Berufung des Listennachfolgers gebeten. Eine Rückmeldung ist noch nicht erfolgt. Aus diesem Grund begrüßt der Vorsitzende Herrn Bless als potentiellen Nachfolger im Publikum.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Wünsche und Anträge von Bürgern liegen nicht vor.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 45. Sitzung vom 3. Oktober 2010 und der 46. Sitzung vom 7. Oktober 2010 (nichtöffentlich)

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich der Sprecher des Ortsbeirates Warnemünde, Herr Prechtel und der Ortsamtsleiter, Herr Schmidt für die Gastfreundschaft und das hervorragende Programm anlässlich ihres Besuch zu den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit bedankt haben.

Frau Spiegelhalter-Jürgens merkt zur Niederschrift zur 45. Sitzung vom 3. Oktober 2010 zum Tagesordnungspunkt 3 an, dass Frau Sfar beim Jugendmigrationsdienst in Blumenthal arbeitet.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift zur 45. Sitzung vom 3. Oktober 2010 genehmigt.

Die Niederschrift zur 46. Sitzung vom 7. Oktober 2010 wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Umstrukturierung des Jugendeinsatzdienstes der Polizei

- Auswirkungen auf Vegesack -

Der Vorsitzende begrüßt die Referenten Herrn Lehmann als Projektleiter, Herrn Schröter und Herrn Klucken.

Die Ergebnisse der Projektgruppe zur Umstrukturierung des Jugendeinsatzdienstes der Polizei wurden im Vorfeld bei einer Besprechung beim Senator für Inneres und Sport den Ortsamtsleitern und Beiratssprechern vorgestellt.

Herr Lehmann kündigt Verbesserungen für die Polizei in Vegesack an. Eine Nachsteuerung zur Polizeistrukturereform und eine Neuausrichtung sind notwendig. Die Strukturen sollen verstärkt nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden. Die Arbeit soll wesentlich stadtteilbezogener, zielgruppen- und brennpunktorientierter erfolgen.

2009 sind insg. 5.500 Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 21 Jahren straffällig geworden. Die Zahlen für Bremen Nord können ad hoc nicht genannt werden. 75 Prozent der Jugendlichen verüben nur eine bis drei Straftaten. Wiederholungstätern fehlt es oft an innerem Halt. Mit der Umstrukturierung möchte die Polizei zumindest einen äußeren Halt generieren.

Es wird das Umfeld der Kinder und Jugendlichen analysiert und einbezogen. Die Chancen zur Erlangung eines Schulabschlusses sollen verbessert und Eltern in ihrem Erziehungsauftrag unterstützt werden.

Die Konzeption sieht vor, dass die Ermittlungs- und Gerichtsverfahren beschleunigt werden. Innerhalb von zwei Wochen soll die Polizei den jeweiligen Fall durchermittelt und die Akte an die Staatsanwaltschaft abgegeben haben.

Der Jugendermittler soll eine Art persönlicher Betreuer sein, der den Jugendlichen mit seinem Umfeld kennt und ggf. z.B. mit der Schule spricht. Ein wichtiger Punkt ist in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit der Schule in Bezug auf die Schulvermeidung. Hier wird es eine enge Verzahnung zwischen den Schulleitern und beispielsweise den Revierleitern geben.

Des Weiteren werden Gefährderansprachen im Wohnumfeld der Jugendlichen mit zwei Polizisten und den Eltern durchgeführt und Grenzen aufgezeigt.

In Bremen Nord wird die Anzahl der Jugendermittler verdoppelt, so dass ihnen die Kontaktaufnahme und -pflege zu den Familien, Schulen etc. ermöglicht wird. Sie sollen auch präventiv tätig werden.

Zielgruppe sind die sog. Schwellentäter, nicht die Erst-, Episoden- oder Intensivtäter.

Die stadtteilbezogene Vernetzung soll gepflegt und weiter ausgebaut werden. In Bremen Nord kann hier bereits auf ein gutes Netzwerk zurück gegriffen werden. Die Kollegen des Jugendeinsatzdienstes (Stellenvolumen 1,5) arbeiten bereits entsprechend. Neben der organisatorischen Umbenennung werden die Kollegen zu Ermittlern fortgebildet. Die Kompetenz wird aus der Kriminalpolizei herausgelöst und im Bereich der Schutzpolizei angesiedelt.

Herr Schröter macht deutlich, dass die Konzeption dem Grundsatz nach bereits in der regionalen Polizeiarbeit in Bremen Nord schon gelebt und zukünftig noch vertieft wird. Die Kontaktpolizisten werden den Kontakt zu den Schulen weiter ausbauen. Die Jugendermittler werden den Kontakt zu Umfeld der Jugendlichen suchen und sie begleiten.

Die Jugendtreffpunkte und -einrichtungen sollen vom zivilen Einsatzdienst betreut werden.

Die Umstrukturierung bedeutet für Bremen Nord eine Personalanhebung. Die Jugendermittler werden Patenschaften übernehmen.

Aus Sicht der regionalen Polizeiarbeit wird die Umstrukturierung begrüßt.

Für Herrn Klucken zeichnen sich für den operativen Bereich in Bremen Nord und insbesondere Vegesack keine großen Veränderungen ab. Die Aufgabenzuschnitte werden sich etwas verändern, so dass Treffpunkte, Veranstaltungen etc. besser betreut werden können. Auch Herr Klucken verweist auf das bereits gut funktionierende Netzwerk vor Ort.

Herr Schmidt bewertet das vorliegende Konzept für seine Fraktion als interessant und aussichtsreich. Er spricht den zu erwartenden Nutzen nach der Reduzierung der Öffnungszeiten der Reviere an.

Herr Lehmann erläutert, dass derzeit 3 Stellen auf die Jugendermittler und 1,5 Stellen auf den Jugendeinsatzdienst entfallen. Diese werden im Jahr 2011 auf 6,5 Stellen für die Jugendermittler umstrukturiert. Der Prozess wird bis zum Ende 2011 andauern. Die Fallzahlen pro Ermittler sind noch festzulegen. Die Qualität der Betreuung und eine adäquate Belastung der Mitarbeiter soll hierbei im Vordergrund stehen.

Herr Schröter merkt an, dass die Belastung innerhalb der Kommissariate vergleichbar verteilt werden soll. Er reflektiert, dass in der Vergangenheit der Jugendeinsatzdienst keine Akten bearbeiten, sondern die Jugendszene kennenlernen sollte. Dem Jugendermittler wurden die Akten zugewiesen. In der Praxis wurde diese strikte Trennung allerdings nicht vollzogen.

Herr Pörschke erfragt die Zeiträume, die die Justiz in Blumenthal bis zu einer Verurteilung benötigen wird und ob genügend Jugendarrestplätze zur Verfügung stehen.

Des Weiteren thematisiert er die Vernehmung an unterschiedlichen Orten, obwohl die Straftaten von einer Person und evtl. an einem Ort begangen wurden, sowie die Personalausstattung des Zivilen Einsatzdienstes zur Bekämpfung von Betäubungsmitteldelikten.

Herr Lehmann erläutert die Zielgruppe der Täter, die erreicht werden soll, die sog. Schwellentäter. Die Polizei kann die Probleme nur in enger Abstimmung mit der Justiz, der Bildung etc. lösen. Die vorliegende Konzeption ist mit der Staatsanwaltschaft, mit den Bereichen Bildung und Jugend abgestimmt. Die Verfahren werden genau beschrieben. Zeiten für die Kommunikation der Konzeption sind zu gewähren.

Der Zivile Einsatzdienst war bisher auf die Verfolgung von Betäubungsmitteldelikten fokussiert, er soll allerdings die Straßenkriminalität insgesamt bekämpfen. Es soll zielgruppenorientiert vorgegangen, kriminelle Karrieren sollen analysiert und verhindert werden.

Die Arrestplätze für Jugendliche fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizei. Allerdings sollen Haftstrafen verhindert, die Täter vorher erreicht werden.

Herr Lehmann erklärt, dass die Straftaten nach dem Wohnortprinzip bearbeitet werden. Für einzelne Fachgebiete wurden allerdings zentrale Einheiten geschaffen. Hier erfolgt dann eine Information an die Ermittler vor Ort.

Auf Nachfrage von Herrn Scharf erläutert Herr Lehmann noch einmal die bisherigen Aufgabenbereiche des Jugendeinsatzdienstes und reflektiert die vorgestellten Zahlen.

Herr Degenhard findet die Konzeption schwer verständlich. Aus seiner Sicht verlagert die Polizei ihre Schwerpunktsetzung zu sehr auf die Umstrukturierung und vernachlässigt dabei die Täterverfolgung.

Herr Lehmann führt aus, dass die regionale Polizeiarbeit und der Dialog mit dem Bürger verstärkt werden sollen, aus diesem Grund erfolgt die Umstrukturierung zu Gunsten der Schutzpolizei.

Herr Schröter erklärt, dass neben der Strafverfolgung die Polizei auch präventiv tätig sein muss und bereits tätig ist.

Herr Buchholz merkt den Schulungsbedarf der Polizisten an. Er begrüßt die neue Konzeption mit dem Modell des persönlichen Betreuers und die Aufstockung des Personals.

Herr Lehmann verweist in diesem Zusammenhang an die Zusage des Polizeipräsidenten, keine Personaleinsparungen im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität vornehmen zu wollen.

Der Vorsitzende stellt das besondere Interesse des Beirates an der vorgestellten Entwicklung fest. Da das Jahr 2011 zur Realisierung benötigt wird, möchte sich der Beirat im Jahr 2012 über die Umsetzung informieren lassen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 4

Umbau des Sozialzentrums Vegesack

Der Vorsitzende begrüßt Frau Garbe und führt in die Thematik ein. Neben dem Umbau spricht der Vorsitzende ein Schreiben des Heimbeirates Friedehorst vom 24. Oktober 2010 zur Verlegung der Heimhilfe, Hilfe in besonderen Lebenslagen – stationäre Hilfen an.

Frau Garbe führt aus, dass bereits Teilbereiche des Sozialzentrums, die Etagen 3 und 4, umgezogen sind. Im Gebäude verbleiben zwei Abteilungen, der Sozialdienst Junge Menschen und die Wirtschaftlichen Hilfen.

Es konnte leider keine Möglichkeit im Stadtteil gefunden werden, die Mitarbeiter direkt in einem Gebäude unterzubringen.

Wenn die Mitarbeiter des Bauamtes Bremen Nord das Gebäude im April 2011 in Richtung Stadthaus verlassen, werden auch die übrigen Mitarbeiter des Sozialzentrums in das derzeitige Gebäude des Bauamtes Bremen Nord ziehen. Da das Sozialzentrum als neuer Mieter in das Gebäude zieht, mussten umfangreiche Auflagen erfüllt und Baumaßnahmen vorgenommen werden. Beispielsweise werden die Toilettenanlagen für das Publikum mobil zur Verfügung gestellt.

Die Bauzeit wird ca. 1,5 Jahre betragen. Die mit Lärm- und Staubentwicklungen verbundenen Bauarbeiten werden vor 9.00 Uhr und nach 15.00 Uhr sowie samstags durchgeführt. Sämtliche Mitarbeiter sind nach wie vor unter den bekannten Telefon- und Faxnummern sowie der bekannten Postanschrift zu erreichen.

Zur Abhaltung von Besprechungen etc. werden zusätzliche Räume von den Trägern zur Verfügung gestellt.

Frau Sprehe hofft, dass die Emissionen für die verbleibenden Mitarbeiter zumutbar bleiben und erträgliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Sie spricht sich für eine vernünftige Ausschilderung für den Publikumsverkehr aus.

Frau Garbe berichtet, dass eine Sanni-AG gegründet wurde. Des Weiteren ist immer ein Architekt im Haus, der ansprechbar ist. Für die Bürger wurde ein Laufzettel entwickelt, der den Weg zum Bauamt Bremen Nord beschreibt.

Ab der 46. Kalenderwoche wird der Dienstbetrieb wieder aufgenommen.

Auf Nachfrage zu Publikumsbeschwerden von Frau Spiegelhalter-Jürgens teilt Frau Garbe die Servicenummer 79800 mit. Des Weiteren ist Frau Garbe für Beschwerden persönlich ansprechbar. Sie verweist auf die hohe Belastung und die daraus resultierenden Personalausfälle. Ferner ist es in einigen Bereichen schwierig neues Personal zu gewinnen.

Frau Garbe spricht eine Senatsvorlage an, in der die Raumbedarfe exakt festgelegt sind. Auf Grund dieser Vorlage wird bei der Sanierung des Sozialzentrums eine Bürooptimierung durchgeführt, d.h. die Büros werden verkleinert (10 m² pro Zimmer, zzgl. 1 m² für Akten, zzgl. 1 m² für Publikumsverkehr). Dies trifft auf 16 Zimmer zu. Für einen Arbeitsplatz mit der Betreuung eines Praktikanten werden insg. 17 m² gewährt. Dies hat zur Folge, dass für den Publikumsverkehr mit mehreren Personen und für Besprechungen gesonderte Räume vorgehalten werden müssen. Da die 4. Etage anderweitig abvermietet wird, müssen die bis dato dort verorteten Kollegen anderweitig untergebracht werden. Es zeichnet sich ab, dass die vorhandenen Büros nicht ausreichen und ggf. das Erdgeschoss neu angemietet werden muss. Frau Garbe kritisiert die Raumbemessung und verweist auf die neu geschaffenen Räumlichkeiten im Stadthaus, die großzügiger gestaltet sein sollen.

In Bezug auf die Verlegung der Heimhilfe bittet Frau Garbe zunächst die Norddeutsche ihren Presseartikel zu korrigieren. Vor Ort wird keine qualifizierte Beratung angeboten.

Sie berichtet, dass die Heimhilfe unabhängig vom Umbau auf Wunsch der Kollegen bereits verlegt und zentralisiert wurde. Auf Grund der schlechten Personalausstattung war den Kollegen eine Vertretung mit dezentraler Struktur nur schwer möglich.

Es wurde ein Schlichtungsverfahren durchgeführt, bei dem die Behörde unterlegen ist.

Herr Schmidt wundert sich, dass der Bund der Steuerzahler diese Zentralisierung nicht positiv hervorgehoben hat.

Herr Borchers fragt, ob die Mitarbeiter nicht noch einmal zum Umdenken bewegt werden können und kritisiert die Zentralisierung.

Frau Sprehe bedauert, dass der Beirat nicht im Vorfeld informiert wurde, so dass er unterstützend hätte eingreifen können. Sie erfragt die Möglichkeit der Einrichtung von wöchentlichen Sprechtagen in Vegesack.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Vegesack bedauert die Verlegung der Abteilung Heimhilfe/Hilfe in besonderen Lebenslagen – Stationäre Hilfe vom Sedanplatz in die Lötzener Straße. Er fordert, dass künftig wieder eine Beratung und Sachbearbeitung in Bremen Nord durchgeführt wird, vor allem vor dem Hintergrund der verhältnismäßig hohen Anzahl an Einrichtungen in diesem Bereich. Kurzfristig sind regelmäßige Sprechtage in Bremen Nord einzuführen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Buchholz ist bei der Abstimmung kurzzeitig nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 5 Künftige Nutzung der Markthalle - Sachstandsbericht

Leider ist die AVW der Einladung, die mit einem persönlichen Anschreiben des Vorsitzenden versehen wurde und den Fraktionen zugegangen ist, nicht gefolgt. Auch wurde kein schriftlicher Sachstandsbericht seitens Herrn Koch, wie in der Vergangenheit sonst praktiziert, vorgelegt.

Herr Buchholz begrüßt das direkte Anschreiben an Herrn Koch und beklagt die mangelnde Rückmeldung. Er regt eine Rüge mit ultimativer Aufforderung zur Rückmeldung bis zur nächsten Beiratssitzung an.

Des Weiteren berichtet Herr Buchholz von zwei Interessenten, die die Markthalle nutzen möchten, angesprochen worden zu sein. Er verliest einen Schriftverkehr zwischen der AVW und einer Interessentin. Der Vorsitzende bittet Herrn Buchholz ihm diesen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack spricht eine Rüge aus. Er fordert die AVW, Herrn Koch auf, den Sachstandsbericht in der Dezember-Sitzung des Beirates nachzuholen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 6 Vergabe von Beiratsmitteln

Es stehen noch ca. 5.900 Euro an Globalmitteln zur Vergabe zur Verfügung. Der Sprecherausschuss hat im Vorfeld die vorliegenden Anträge beraten und einen gemeinsamen Beschlussvorschlag erarbeitet:

Ziffer	Antragssteller	Verwendungszweck	Beschluss
44	Schulverein Schönebeck	Kücheninventar	1.000,-
62	Beirat Vegesack	Anschaffung einer zweiten Geschwindigkeitsmessanlage	2.700,-
63	Beirat Vegesack	Banksanierung Restmittel für eine bessere Qualität der Auflagen	700,- zzgl. Restmittel
64	Kulturbüro Bremen Nord	Anschaffung einer neuen Tonanlage	1.500,-

Zu 44) Herr Pörschke und Herr Scharf möchten sich um Sponsoren für die Finanzierung von weiterem Kücheninventar kümmern.

Zu 62) Die Geschwindigkeitsmessanlage wird vornehmlich in der Sagerstraße angebracht. Neben der Anlage soll ein Speicherstick zur einfacheren Auswertung angeschafft werden.

Ergebnis:

- einstimmig -

Herr Pörschke und Herr Wemken zeigen ihre Befangenheit zum Antrag Ziffer 64 an und nehmen in diesem Zusammenhang an der Abstimmung nicht teil.

Tagesordnungspunkt 7 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

Die CDU Beiratsfraktion beantragt, den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa aufzufordern, den Umschlag von Gartenabfällen auf dem Parkplatz des Vegesacker Schützenvereins sofort zu stoppen und einen sich besser eignenden Platz zu finden.

Herr Scharf begründet die Dringlichkeit. Er führt an, dass die Situation derzeit besteht. Ende November wird der Umschlagplatz voraussichtlich wieder rückverlegt.

Der Beirat bestätigt einstimmig die Dringlichkeit.

Herr Scharf begründet den Antrag inhaltlich und zeigt Fotos zur Veranschaulichung.

Frau Sprehe verweist auf die zeitliche Begrenzung der Maßnahme. Nach Rücksprache mit Anwohnern und der Pächterin des Schützplatzes kann die geschilderte Problematik so nicht nachvollzogen werden. Ein alternatives Grundstück ist nicht bekannt.

Herr Buchholz bestätigt die Rückmeldung der Anwohner. Grundsätzlich sollte ein geeigneterer Platz gefunden werden. Eine entsprechende Abstimmung hätte und sollte zukünftig mit dem Ortsamt erfolgen.

Herr Degenhard verweist auf die Gefahr, dass der Fußweg durch die Transportfahrzeuge beschädigt werden könnte.

Herr Pörschke schlägt eine Änderung des Antrages vor. Die senatorische Behörde sollte grundsätzlich einen alternativen Standort prüfen.

Herr Scharf nimmt den Änderungsvorschlag nicht an.

Der Beirat Vegesack lehnt den Antrag der CDU-Beiratsfraktion mit 6 Stimmen, 3 Stimmen dafür und 5 Enthaltungen ab.

In einem zweiten Dringlichkeitsantrag fordert die SPD-Beiratsfraktion „Keine Atomtransporte durch Vegesack“.

Herr Schmidt begründet die Dringlichkeit mit den Entscheidungsprozessen, die derzeit z.B. in der Bürgerschaft durchgeführt werden.

Herr Degenhard hält eine Gegenrede. Ein Transport steht nicht unmittelbar bevor. Er bewertet den Antrag als Schauantrag.

Herr Buchholz sieht ebenfalls keine Dringlichkeit. Es sei nicht anzunehmen, dass ein Transport durch Bremen geführt wird.

Der Beirat spricht sich bei 4 Gegenstimmen für die Dringlichkeit aus.

Der Vorsitzende kündigt die rechtliche Überprüfung der Zuständigkeit des Beirates im Falle eines evtl. im Anschluss gefassten Beschlusses an.

Frau Sprehe verliert den Antrag und spricht sich für eine Stellungnahme des Beirates zur Thematik aus. Aus ihrer Sicht könnte auf dem ehem. Vulkan-Gebiet die Möglichkeit für einen Umschlag bestehen.

Herr Buchholz merkt an, dass mit der Thematik ggf. die Landes- und insb. die Bundespolitik angesprochen werden und bewertet den Antrag ebenfalls als Schauantrag. Das Mittelzentrum gehöre nicht zum Gefahrenbereich Esenshamm.

Herr Scharf kann sich eine Vegesacker Intervention, beispielsweise einen Stopp des Transports auf der Weser auf Höhe des Ortsamtes nicht vorstellen.

Herr Pörschke weiß erst seit dem Vormittag, dass ein weiterer Antrag beim Senator für Inneres und Sport vorliegen soll, der einen Transport über die Häfen Bremen, Bremerhaven und Cuxhaven einschließt. Darüber hinaus sieht er durchaus den örtlichen Bezug.

Herr Schmidt zitiert die aktuelle Beschlussfassung aus der Bremischen Bürgerschaft. Er sieht Vegesack durchaus in der Gefahrenzone und führt das Beispiel Tschernobyl mit seinen weitreichenden Auswirkungen an.

Beschluss:

1. Der Beirat Vegesack spricht sich mit Nachdruck gegen mögliche gefährliche Atomtransporte auf der Weser sowie auf Straßen- und Schienenverbindungen aus, die den Ortsamtsbereich von Vegesack unmittelbar berühren.
2. Der Beirat Vegesack begrüßt den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Transport von Kernbrennstäben über das Land Bremen verhindern“ und fordert den Senat auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, um solche Transporte über Vegesacker Gebiet tatsächlich zu verhindern.
3. Im Interesse der hiesigen Bevölkerung spricht sich der Beirat Vegesack darüber hinaus gegen eine Laufzeitverlängerung für die Atomreaktoren aus, in deren Gefahrenbereich das Mittelzentrum Vegesack im Falle eines Unfalls liegen würde und fordert den Bremer Senat und die niedersächsische Landesregierung auf, alles dafür zu tun, dass vom Bundesamt für Strahlenschutz für die betreffenden AKWs keine Laufzeitverlängerungen erteilt werden.

Ergebnis:

- 10 Stimmen dafür, 4 dagegen -

Es liegt ein Antrag der SPD-Beiratsfraktion zur Sportfläche Fährer Flur vor. Frau Jäckel stellt den Antrag vor.

Beschluss:

1. Die senatorischen Behörden für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, für Bildung und Wissenschaft sowie für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa werden aufgefordert, die Bedarfsträgerschaft für die Fläche des ehemaligen Sportplatzes Fährer Flur zu regeln und in der Folge kurzfristig zu übernehmen. Es wird nicht hingenommen, dass diese Fläche, die von großer und unverzichtbarer Bedeutung für die Freizeitgestaltung der Bevölkerung des Ortsteils Fähr-Lobbendorf und die Schüler der umliegenden Schulen ist, wegen ungeklärter Zuständigkeiten weiter verwahrlost.
2. Der Beirat Vegesack beantragt bei der Stiftung Wohnliche Stadt die Bereitstellung von Mitteln für die Planungskosten in Höhe von 5.000,- Euro, um auf der Basis der Wünsche der Bevölkerung einen architektonischen Gestaltungsvorschlag für die Fläche zu erarbeiten.
3. Die zuständige senatorische Behörde wird aufgefordert, die Planung kurzfristig in Auftrag zu geben und darüber hinaus dem Beirat Vegesack zeitnah eine zukunftsfähige Planung für die künftige Nutzung der Fläche vorzulegen sowie Beirat und Bevölkerung an der weiteren Entwicklung der Fläche zu beteiligen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Des Weiteren liegt ein Gemeinsamer Antrag zum Zustand der Straßen Heidschnuckenweg, Alhardstraße, Wildstieg, Wilde Rodung vor.

Der Vorsitzende empfiehlt eine inhaltliche Ergänzung zu dem Antrag.

Beschluss:

Der Beirat Vegesack bekräftigt noch mal den Beschluss des Verkehrsausschusses vom 15. Februar 2010, bei den Straßen Heidschnuckenweg, Alhardstraße, Wildstieg, Wilde Rodung die Verkehrssicherheit wieder herzustellen. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa wird aufgefordert, die Straßen mit dem sog. Kaltwalzverfahren auszubessern und eine Markierung zwischen Fahrbahn und Fußweg anzubringen oder auf andere Weise im Sinne des Satzes 1 seiner Verkehrssicherungspflicht nachzukommen, damit kann nicht die Aufstellung von zusätzlichen Warnschildern gemeint sein.

Ergebnis:

- einstimmig -

Die von der CDU-Beiratsfraktion eingebrachte Anfrage zum Zustand der Straßen Heidschnuckenweg, Alhardstraße, Wildstieg, Wilde Rodung wird vom Beirat aufgenommen.

Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende trägt nachfolgende Mitteilungen vor:

Absenkungen von Bordsteinen

Der Abbau von Barrieren in den öffentlichen Straßen kann nur schrittweise im Zuge von Neu- und Umbaumaßnahmen erfolgen. Derzeit ist es nur möglich, den vorhandenen Zustand der öffentlichen Verkehrsfläche ausreichend verkehrssicher zu halten, so dass die Durchführung der Maßnahme im Jahr 2010 nicht erfolgen kann. Im Rahmen der Haushaltsmittel 2011 wird es weiter Bestreben sein, ohne eine Verpflichtung zur barrierefreien Umgestaltung, die angezeigten Barrieren sukzessive abzubauen bzw. zu entschärfen. Die Aufstellung eines Katasters über alle baulichen Barrieren, hinsichtlich notwendiger Bordsteinabsenkungen, ist seitens des ASV für den Stadtteil nicht geplant.

Antrag der CDU Fraktion – Neupflanzung der Bäume

Der Umweltbetrieb Bremen teilt mit, dass die Bäume im Herbst auf Kosten des Verursachers nachgepflanzt werden. Im Frühjahr wurden diese Bäume als Ersatz von Bäumen die durch eine Firma beschädigt wurden, nachgepflanzt. Aufgrund der Trockenheit sind diese Bäume nicht angewachsen. Die Firma wurde deshalb im Sommer aufgefordert, die neuen Bäume in der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen.

Sanierung der Straße „Am Güthpol“ – Beiratsbeschluss

Auf Grund des vorhandenen Schadensniveaus ist die Straße „Am Güthpol“ im elektronischen Straßenkontrollbuch mit der Schadenskennbildziffer V/5 eingestuft. Dies bedeutet, dass entsprechende Warnhinweise bereits aufgestellt wurden, um den Verkehrsteilnehmer vorsorglich auf den schlechten Straßenzustand hinzuweisen. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel war es kurzfristig möglich, die baulichen Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen.

Anbringung von 4 weiteren Fahrradbügeln neben dem Bürgerhaus in Vegesack

Die mobilen Fahrradständer des Kirchentages werden in Bremen für eine dauerhafte Lösung nicht mehr auf öffentlichen Verkehrsflächen aufgestellt, da durch Vandalismus verursachte Schäden einen hohen Erhaltungsaufwand erfordern, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Es wird empfohlen, das Bremer Modell zu verwenden. Des Weiteren stehen keine Hausmittel für eine Umsetzung der Fahrradbügel -Brepark – Stellplatzanlage Hammersbecker Str. – beim ASV zur Verfügung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden spricht sich der Beirat dafür aus, die Brepark anzuschreiben und um die Verlegung der Fahrradständer von der Stellplatzanlage Hammersbecker Straße hin zum Bürgerhaus zu bitten. Es wird angekündigt, dass der Beirat diese Maßnahme voraussichtlich im Jahr 2011 bezuschussen wird.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe berichtet von ihrer Teilnahme an der Veranstaltung anlässlich der Reichspogromnacht auf dem Jacob-Wolff-Platz.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am Montag, den 29. November 2010 um 18.00 Uhr statt.

Herr Wemken berichtet von einer Informationsveranstaltung der WiN-Geschäftsführung am 5. Oktober 2010. Das Programm wird weiter fortgesetzt, der Bereich Grohner Düne wird weiter gefördert. Das Stadtmonitoring wurde vorgestellt. Danach hat sich z.B. das Quartier Lobbendorfer Mühle verbessert, der Bereich Hünertshagen verschlechtert. Evtl. könnte das Monitoring in einer Sozialausschusssitzung noch einmal vorgestellt werden.

Am 26. Oktober 2010 hat das WiN-Forum getagt. Sitzungsgegenstand war die negative Berichterstattung von Buten und Binnen zur Grohner Düne. Radio Bremen wurde schriftlich und in einem Gespräch um eine positive Berichterstattung gebeten.

Am 27. Oktober hat sich die Adhoc-Arbeitsgruppe konstituiert. Es wurden Termine festgelegt. Es wird ein neuer Entwurf des Jugendanpassungskonzeptes erstellt. Dieser soll nach den Sommerferien 2011 vorgestellt werden. Herr Wemken, der als Vertreter aus Bremen Nord an der Arbeitsgruppe teilnimmt, wird die übrigen Beiräte in Bremen Nord mit ihren Ansprechpartnern informieren.

Am 3. November 2010 hat Herr Wemken für Frau Sprehe an der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten teilgenommen. Hier wurde ein EU-Projekt zur Bildung von Präventionsräten vorgestellt. Des Weiteren wurde ein Sachstandsbericht zur Vorbereitung einer Beirätekonferenz mit Erstellung einer Geschäftsordnung abgegeben. Es sollen drei Termine zzgl. einer Vollversammlung durchgeführt werden.

Die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten am 1. Dezember 2010 wird voraussichtlich ausfallen.

Die Geschäftsordnung für die Beiräte wird zzt. entwickelt und liegt voraussichtlich zum Jahresende vor.

Am 11. November 2010 hat der Beirat der Kompetenzagentur getagt. Die Netzwerkarbeit soll insbesondere zwischen der BAgIS und der Kompetenzagentur vertieft werden. Es wird eine Veranstaltung zur Präsentation der Kompetenzagentur geplant.

Tagesordnungspunkt 10

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Auf Nachfrage von Herrn Scharf teilt Herr Wemken mit, dass er voraussichtlich zum 1. Dezember 2010 umziehen wird.

Herr Buchholz bittet um Klärung, ob die Partei Die Linke ihren Sitz im Beirat durch Herrn Tegeler zukünftig wieder wahrnehmen wird. Der Vorsitzende wird das Thema aufnehmen und die Fragestellung prüfen. Frau Sprehe teilt mit, dass Frau Nitz auf ihre Frage hin zugesichert hat, sich kümmern zu wollen.

Auf Nachfrage von Herrn Degenhard teilt der Vorsitzende mit, dass sich der Sprecherausschuss dafür ausgesprochen hat, das Thema Alte Hafenstraße im Dezember 2010 aufgreifen zu wollen.

Abschließend weist der Vorsitzende auf die Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages am 14. November 2010 um 11.00 Uhr an der Vegesacker Kirche hin.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin